

Stand: 21.09.2023

**Clankriminalität entwickelte sich in den letzten Jahren verstärkt zu einem sichtbaren Phänomen der Allgemeinen und Organisierten Kriminalität.**

Im Lagebild NRW konnten für das Jahr 2022 insgesamt 6.573 Straftaten und 4.035 Tatverdächtige festgestellt werden.

Im Zuständigkeitsbereich der Kreispolizeibehörde Recklinghausen lassen sich im Berichtsjahr 2022 hiervon 551 Straftaten (8,4 %) sowie 399 Tatverdächtige (9,9 %) verzeichnen. Nur die Stadt Essen weist hier höhere Zahlen auf.

Das Kriminalitätsspektrum der als Clans bezeichneten großfamiliären Strukturen ist dabei breit gefächert und reicht von Bagatelldelikten bis hin zu schweren Verbrechen.

Wir haben bei den Massenschlägereien in Castrop-Rauxel in diesem Jahr erlebt, dass Mitglieder von Clans im Kreis Recklinghausen weiter auf unseren Straßen unterwegs sind. Die Gewaltbereitschaft ist enorm.

Deshalb gilt für uns: Null Toleranz. Wir lehnen es ab, wenn aus falscher Rücksicht Phänomene ignoriert werden. Probleme können nur gelöst werden, wenn man sie auch benennt. Der Dauerlauf im Kampf gegen Clankriminelle muss vernetzt mit allen Akteuren und mit aller Kondition fortgesetzt werden. Auch im Kreis Recklinghausen gilt das Recht des Staates und nicht einer Familie.

Die Arbeit der Landesregierung, der Polizei und insbesondere das erfolgreiche Engagement von Innenminister Herbert Reul unterstützen und befürworten wir. Die Dreifachstrategie aus langfristigen Ermittlungen, systematischer Verfolgung auch kleinerer Rechtsbrüche sowie Ausstiegsangeboten ist richtig und muss konsequent auf allen Ebenen intensiviert werden.

Auch die Behörden im Kreis Recklinghausen leisten wichtige Beiträge. So ist z.B. mit dem Beitritt des Kreises Recklinghausen und weiterer kreisangehöriger Städte zur Sicherheitskooperation Ruhr jeweils ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Clankriminalität gemacht. Diese Kooperation vernetzt Behörden, sammelt Informationen und setzt Schwerpunkte. Sie erhöht den Druck, weist aber auch Wege aus dem Milieu.

Zwar hat die Bundesregierung die Bildung einer „Allianz“ im November 2022 angekündigt, doch liegen bis heute keine substantiellen und konkreten Vorschläge der Ampelkoalition zur Verbesserung des Kampfs gegen Clankriminalität vor.

Stand: 21.09.2023

Wir werden uns auf den jeweiligen Ebenen für die Umsetzung folgender Punkte einsetzen:

### **1. Intensivierung der Zusammenarbeit**

Strafverfolgungs- und Sozialbehörden müssen alle relevanten Daten austauschen dürfen, beispielsweise Kraftfahrzeugzulassungsstellen, Jobcenter und Polizei, damit schnell ermittelt werden kann. Überregionale und internationale Strukturen müssen aufgedeckt und verfolgt werden. Die Erstellung des einheitlichen bundesweiten Lagebilds zur Clankriminalität unter Federführung des Bundes (BKA) ist ein wichtiger Bestandteil. Dazu bedarf es rasch einheitlicher Erhebungs- und Erfassungsmodalitäten.

### **2. Personelle und sachliche Ressourcen stärken**

Mit der Einstellung von 3.000 Nachwuchspolizisten zum 1. September wurde ein wichtiges Zeichen seitens der Landesregierung NRW gesetzt. Der Weg der Erhöhung von personellen und materiellen Ressourcen sowohl bei der Polizei als auch bei der Justiz ist auch in den kommenden Jahren konsequent fortzusetzen.

Auch der Bund ist in der Pflicht. Das Bundeskriminalamt, das Zollkriminalamt sowie die örtlichen Behörden der Bundeszollverwaltung wie die Zollfahndungsämter und ihre Kontrolleinheiten benötigen – wo erforderlich – zusätzliche Stellen zur Bekämpfung der Clankriminalität.

### **3. Verbesserte Vermögensabschöpfung durch Beweislastumkehr**

Mit den bisherigen gesetzlichen Instrumenten zur Vermögensabschöpfung stoßen die Behörden bei der Einziehung illegal erlangten Vermögens aus z.B. Immobilien oder Luxusautos immer wieder an Grenzen. Deswegen muss verfassungskonform geregelt werden, dass bei Vermögen unklarer Herkunft künftig eine vollständige Beweislastumkehr gilt.

### **4. Führerscheinentzug im Rahmen des Projektes „Gelbe Karte“**

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kreisverwaltung in Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde prüft, das Projekt „Gelbe Karte“ des Landkreises Peine auch im Kreis Recklinghausen umzusetzen. Das Projekt „Gelbe Karte“ ahndet Ordnungswidrigkeiten und Straftaten abseits des Straßenverkehrs mit der Androhung des Führerscheinentzugs und setzt so konsequent auf Prävention. Als Nebeneffekt ist von einer positiven Wirkung im Kampf gegen die Clan-Kriminalität auszugehen, da gerade hier eine starke Fokussierung auf teure Autos beobachtet wird und ein drohender Führerscheinverlust demzufolge wirkungsvoll sein kann.

### **5. Nutzung technischer Möglichkeiten**

Die Nutzung moderner technischer Mittel ist Voraussetzung einer erfolgreichen Arbeit. Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich eine den Maßgaben des EuGH genügende Neuregelung der

Stand: 21.09.2023

„Verkehrsdatenspeicherung“ vorzunehmen. Die Fähigkeiten der Behörden müssen gestärkt und die rechtlichen Rahmenbedingungen erforderlichenfalls angepasst werden. Das Instrument der Quellen-Telekommunikationsüberwachung ist dafür ebenfalls unverzichtbar. Mittels Analyseplattformen können kriminelle Strukturen durchleuchtet und wirkungsvoll bekämpft werden. Wir erwarten daher vom Bund die Beschaffung und den Einsatz der vertraglich für alle Länder und den Bund abrufbaren „Verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform (VeRA)“ auf nationaler Ebene – wie im Rahmen des Programms P20 ursprünglich geplant – zu forcieren.

## **6. Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht**

Aufenthaltsbeendende und aufenthaltsbeschränkende Maßnahmen müssen, soweit dies möglich ist, gegen Clankriminelle durchgesetzt werden. So sind aufenthaltsrechtliche Konsequenzen, die an den Sozialleistungsmisbrauch anknüpfen, in der Vergangenheit verschärft worden und müssen konsequent genutzt werden. Ferner ist zu prüfen, ob Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die an Organisierter Kriminalität nachweisbar mitwirken, die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden kann.

## **7. Regelmäßiger Austausch der kreisangehörigen Städte**

Auch die Städte des Kreises und die Kreisverwaltung **müssen** noch enger zusammenarbeiten, Informationen sammeln und bündeln sowie fortlaufend gemeinsame Strategien erarbeiten.

## **8. Regelmäßiger Bericht im Kreistag**

Wir schlagen vor, dass die Kreisverwaltung in Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde Recklinghausen dem Kreistag regelmäßig einen Bericht zur Clankriminalität vorlegt.

## **9. Beitritt aller kreisangehörigen Städte zur Sicherheitskooperation Ruhr**

Alle Städte des Kreises sollten der Sicherheitskooperation Ruhr beitreten. Die behördenübergreifende Dienststelle mit Sitz in Essen besteht aus Vertretern von Landespolizei, Ruhrgebietskommunen, Zollbehörde und Bundespolizei.

## **10. Prävention stärken**

Wir werden auch die Prävention in den Blick nehmen. Ein erster vielversprechender Ansatz läuft in NRW über das Präventiv-Programm „Kurve kriegen“. Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Sprachmittlerinnen und -mittler arbeiten hier mit der Polizei zusammen.

Mit gezielten, langfristig angelegten, auch vom Bund finanzierten Förder- und Aussteigerprogrammen müssen diese Bemühungen unterstützt werden. Ebenso halten wir die Stärkung und Sensibilisierung von Lehrkräften und Sozialarbeitern in den Schulen für notwendig.